



20. Dezember 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **3. Jahrestag des Anschlags auf den Breitscheidplatz**
- **Sozial gerechter Klimaschutz**
- **Kurzzeitpflege stärken**
- **Vertreter von Bürgerinitiativen diskutieren mit SPD Politikern in Berlin zur Kasseler Kurve**
- **Bilder der Woche**
- **Weihnachtsgruß**

3. Jahrestag des Anschlags auf den Breitscheidplatz



Der islamistische Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz berührt auch nach drei Jahren immer noch ganz viele Menschen. In dieser Woche gab es eine gemeinsame Gedenkveranstaltung des Landes Berlin und der Kirchen.

Nach einer Gedenkstunde in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wurden am Mahnmal auf dem Breitscheidplatz Kränze niedergelegt. Um 20:02, dem Zeitpunkt des Anschlags, ertönten im Gedenken an die zwölf Getöteten zwölf Glockenschläge der Gedächtniskirche. „Diese Veranstaltung war ein würdiger Rahmen, um den Betroffenen zu zeigen,

dass wir an ihrer Seite stehen“, berichtet Edgar Franke.

Als Opferbeauftragter der Bundesregierung betreut Edgar Franke nach wie vor viele Menschen, die durch den Anschlag verletzt oder traumatisiert wurde. Die Tat hinterließ Wunden, Trauer bei den Hinterbliebenen und Traumata bei den Betroffenen. Sie sei aber auch eine bleibende Verletzung in unserer Gesellschaft. Wir müssen unsere offene,

freiheitliche Demokratie verteidigen, so der Opferbeauftragte weiter.



Von links: Roland Weber (Opferbeauftragter des Landes Berlin), Oberbürgermeister Michael Müller, Edgar Franke, Ralf Wieland (Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses) und Bundesjustizministerin Christine Lambrecht.

Edgar Franke wies darauf hin, dass Deutschland damals auf solch einen Terroranschlag nicht vorbereitet war. Mittlerweile habe der Gesetzgeber aber seine Lektion gelernt. Wir haben die Pauschalen für die Härteleistungen für Hinterbliebene verdreifacht.

Gleichzeitig wurde das Opferentschädigungsrecht grundlegend reformiert und die Rentenleistungen für Opfer deutlich erhöht, im Einzelfall bis zu 2.000 EURO im Monat. Ebenso gilt die Gleichbehandlung von Ausländerinnen und Ausländern unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus.

Als Opferbeauftragter hat Edgar Franke den Opfern in den politischen Debatten eine Stimme gegeben.

Sozial gerechter Klimaschutz

Eine gute Nachricht ist die Einigung in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zu den steuerlichen Entlastungen beim Klimaschutzpaket. Die SPD hat in den Verhandlungen von Bund und Ländern mit CDU/CSU und Grünen ein gutes Ergebnis für sozial gerechten Klimaschutz erreicht.

Ab 1. Januar sinken die Preise für Bahntickets im Fernverkehr. Das macht Bahnfahrten attraktiver, z. B. gegenüber Inlandsflügen. Statt 10 Euro pro Tonne CO₂ wird der Einstiegspreis 25 Euro betragen. Die zusätzlichen Einnahmen werden vollständig an die Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben, z. B. über die Absenkung der EEG-Umlage. Die erhöhte Entfernungspauschale und die Mobilitätsprämie entlasten zukünftig Pendlerinnen und Pendler. Mit der steuerlichen Förderung der Gebäudesanierung für Eigenheimbesitzer werden Kosten und CO₂ gespart. Zusätzliche investieren wir in unsere Infrastruktur und den ÖPNV.

Umweltgerechtes Verhalten darf keine Frage des Geldbeutels sein. Die Verhandlungen in Deutschland, aber auch auf internationaler Ebene zeigen immer wieder: Es lohnt sich gemeinsame Lösungen zu finden – auch wenn dies oft mühselig ist und Kompromissbereitschaft erfordert – denn demokratische Beschlüsse brauchen Zeit.



Kurzzeitpflege stärken



Die Kurzzeitpflege ist ein wichtiges Instrument, um Übergangszeiten nach einer stationären Behandlung oder eine kurzfristige Krisensituation in der häuslichen Versorgung zu bewältigen. Sie hilft auch, stationäre Langzeitpflege hinauszuzögern oder sogar zu verhindern.

Deshalb haben wir im

Koalitionsvertrag vereinbart, die Angebote für eine verlässliche Kurzzeitpflege zu stärken.

Der Antrag der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU/CSU, den wir diese Woche beraten, fordert die Bundesregierung unter anderem auf, den Sicherstellungsauftrag so zu konkretisieren, dass Länder, Kommunen, Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen dem gesetzlichen Auftrag nachkommen, gemeinsam die notwendigen pflegerischen Versorgungsstrukturen insbesondere auch mit Blick auf die Kurzzeitpflege auszubauen und nachhaltig zu gewährleisten.

Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, zügig eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung in der Kurzzeitpflege sicherzustellen und dass im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel umzusetzen, Angehörige besser zu unterstützen und ein jährliches Entlastungsbudget zu schaffen, das flexibel in Anspruch genommen werden kann.

Übrigens: Ab Januar 2020 wird bei den Pflegekosten auf das Einkommen der Angehörigen erst dann zurückgegriffen, wenn sie mehr als 100.000 Euro im Jahr verdienen – ansonsten werden die Kosten für die Hilfe zur Pflege vom Staat übernommen.

**Pflegekosten für
Angehörige muss nur
noch mittragen, wer
über 100.000 Euro im
Jahr verdient.**

**TRITT ZUM
1. JANUAR IN
KRAFT!**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Vertreter von Bürgerinitiativen diskutieren mit SPD Politikern in Berlin zur Kasseler Kurve

Auf Einladung der Nordhessischen Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Timon Gremmels fand am Montag, den 16. Dezember, im Deutschen Bundestag ein gemeinsames Gespräch mit Bürgerinitiativen aus von den Ausbauplänen betroffenen Orten in der Region Kassel statt. Zu Gast waren drei Bürgerinitiativen aus Espenau, Fuldata und Vellmar, die ihren Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie Kritik am Verfahren formulierten.

Der zuständige Berichterstatter für die SPD-Bundestagsfraktion, Mathias Stein, erläuterte die Problematik des Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetzes, vor allem im Hinblick auf das umstrittene Projekt "Kurve Kassel". Hierbei geht es um eine von der Deutschen Bahn geplante Güterzugtrasse nördlich von Kassel.

"Wir möchten, dass alle sinnvollen Streckenalternativen - insbesondere die Sollingbahn -



gleichwertig geprüft werden. Einen Bahnausbau benötigen wir unbedingt, auch im Rahmen der Energie- und Verkehrswende. Wir müssen es richtig machen und Bürgerinnen und Bürger mitnehmen!", erläuterten Dilcher und Gremmels übereinstimmend.

Klaus Werner, Sprecher der Bürgerinitiative "Keine Kurve Kassel" aus Vellmar, kritisierte das geplante Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz. "Es bestehen Zweifel, ob das Gesetz verfassungskonform ist. Wir sind auch für den Bahnausbau, aber man muss es sinnvoll machen!"

Auf dem Bild von links Esther Dilcher, Peter Schürmann (BI Espenau), Werner Reiß (BI Vellmar), Mathias Stein, MdB (Verkehrsausschuss) Klaus Werner (BI Vellmar), Helga Heinemann (BI Fuldata), Marie-Luise Brandstetter (BI-Fuldata) und Timon Gremmels, MdB.

Der Verkehrspolitiker Stein äußerte Verständnis für die Kritik aus der Region. Er betonte, dass der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages die betreffenden Gesetze gründlich prüfe und erst im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens Veränderungen vorgenommen werden können. Er verwies zudem auf die noch ausstehenden Antworten des Bundesverkehrsministers und die Expertenanhörung des Verkehrsausschusses am 15. Januar 2020, bei der nochmals die entscheidenden Fragen erörtert werden sollen.

"Wir freuen uns über die konstruktive Beteiligung, insbesondere auch der Bürgerinitiativen. Im Übrigen gilt für das parlamentarische Verfahren immer: Kein Gesetz kommt so heraus wie es hinein kam!", so die Bundestagsabgeordnete Dilcher abschließend.

Bilder der Woche

Edgar Franke bei den TV-Interviews zum **3. Jahrestag des Anschlags auf dem Breitscheidplatz.**



Oben im ARD-Hauptstadtstudio für das Interview auf tagesschau24.

Links im RTL-Studio für das Interview in der Sendung #Frühstart auf n-tv.

Bilder der Woche

Esther Dilcher mit ihren Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses **zu Gast im Schloss Bellevue zum traditionellen Mittagessen beim Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.**



Links: Eine gute Gelegenheit, sich in das **Gästebuch** einzutragen.

Die nordhessischen Abgeordneten nahmen an der letzten Fraktionssitzung der SPD-Bundestagsfraktion in diesem Jahr teil und wurden mit einem Schokoladenweihnachtsmann versorgt.

Von links: Edgar Franke, Michael Roth, Esther Dilcher, Sören Bartol und Timon Gremmels.





Veranstaltungshinweis:

**Talk mit Dr. Gregor Gysi über Gott und die Welt –
Pfarrer Dierk Glitzenhirn und Dr. Edgar Franke (MdB) im
Gespräch mit Dr. Gregor Gysi über Persönliches und aktuelle
Fragen von Politik, Ethik und Moral**

10. Januar 2020, 19.00 Uhr

Bürgerhaus Gudensberg

Veranstalter: Evangelisches Forum Schwalm-Eder

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:

Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729



Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 2 Onno Wulf, Seite 3 SPD-Bundestagsfraktion, Seiten 4 pixabay.com, 5 und 7 oben Esther Dilcher, Seite 6, 7 unten und 8 unten Edgar Franke, Seite 8 oben Bildquelle Deutscher Bundestag.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.